



# HESSISCHER LANDTAG

## Änderungsantrag

21.01.2021  
HHA

### Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Anmietung von Liegenschaften zur Entzerrung der Belegungsdichte in Gemeinschaftsunterkünften und Notunterkünften**

Einzelplan 08 Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 05 Verpflichtende Transferleistungen  
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 4  
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Leistungen nach dem LAG und dem AsylbLG

<u>Leistungsplan:</u>	Veränderung		
	von	um	auf
	<b>Beträge in 1.000 EUR</b>		
Gesamtkosten	217.173,1	+93.500,0	310.673,1
Produktabgeltung	217.173,1	+93.500,0	310.673,1

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

**Begründung des Änderungsantrags:**

In Hessen kam es mehrfach zu Massenausbrüchen von COVID-19 Erkrankungen in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete. Laut den „Empfehlungen für Gesundheitsämter zu Prävention und Management von COVID-19-Erkrankungen in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Schutzsuchende (im Sinne von §§ 44, 53 AsylG)“ des Robert-Koch-Instituts ist das Übertragungsrisiko virusbedingter Erkrankungen der Atemwege in Aufnahmeeinrichtungen (AE) und Gemeinschaftsunterkünften (GU) besonders hoch, da hier viele Menschen auf engem Raum zusammenleben und Wohn-, Küchen-, Ess- und Sanitärräume gemeinsam nutzen. Auch in anderen Einrichtungen, in denen Menschen in beengten Verhältnissen leben müssen, wie Notunterkünften für wohnungslose Menschen, ist das Infektionsrisiko besonders hoch. Zur Prävention eines Ausbruchs von COVID-19 in Gemeinschaftsunterkünften empfiehlt das Robert-Koch-Institut verschiedene Maßnahmen, u.a. zu Kommunikations- und Präventionsstrategien, separater Unterbringung und Umgang mit Fällen. Eine Entzerrung der Belegungsdichte ist unabdingbar, um weitere Masseninfektionen zu verhindern. Eine Anmietung derzeit aufgrund der Pandemie nicht genutzter Liegenschaften wie Jugendherbergen und Hotels kann hier kurzfristig Abhilfe schaffen.

Wiesbaden, 21.01.21

Für die Fraktion  
DIE LINKE  
Die Fraktionsvorsitzende:

**Janine Wissler**